



### Deutschland.

#### O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

##### 10. Sitzung des Zollparlaments. (11. Mai.)

Eröffnung 10½ Uhr. Tribünen und Haus sind schwach besetzt, am Tische

des Bundesrates Delbrück v. Linden u. A.

Der Abg. v. Eide (Wahlkreis Ohlau-Strehlen-Nimptsch) ist zum Landrat des Kreises Ohlau ernannt und ist sein Mandat erloschen. — Die Abg. v. Vinde (Mörs) und Gommelshausen sind in das Haus eingetreten und den betreffenden Abtheilungen zugelassen worden. — Brockhaus hat mehrere Exemplare des 8. und 9. Heftes von „Unsere Zeit“, welche eine Abhandlung über „Tabakbau und Tabaksteuer“ enthalten, dem Hause überbracht, desgleichen ein Halle'scher Verleger eine Broschüre über „Besteuerungs Kunst“. — Zu der am 18., 19. und 20. Mai d. J. stattfindenden Versammlung deutscher Müller und Mühlen-Interessenten sendet der provisorische Vorstand 25 Eintrittskarten ein und stellt noch mehr zur Verfügung.

Von dem Bundesrat ist der Gesetzentwurf eingegangen, betreffend die Änderung des Vereins-Zolltarifs. Über die geschäftliche Verhandlung derselben wird nach erfolgtem Druck Beschluss gefasst werden.

Abg. v. Hennig verlangt das Wort, um den neulich in dem Streit mit Mohl von ihm erwähnten stenographischen Wortlaut der Barnbüler'schen Ansicht zu vertreten. Danach hat der Minister in der württembergischen Ständeversammlung gesagt: „Der Abg. Mohl ist in politischen Dingen nicht außerordentlich conservativ; aber in wirtschaftlichen Dingen kommt er immer in eine große Bewegung, wenn es sich darum handelt, etwas Neues ins Leben zu rufen, und in dieser Hinsicht ist er seit 20 Jahren sich consequent gekleidet. Dieselben Gründe, die er heute gegen den Vertrag anführt, der die Grundlage des neuen Zollvereins bilden soll, hat er im Jahre 1833 ausgesprochen, als es sich um die Ratifikation des Zollvereinvertrages handelte. Er erklärte damals Württemberg für ruinirt, wenn der Zollvertrag ausgeführt werde. Ich berufe mich dabei auf das Schriftstück, welches er zu jener Zeit der Krone überreichte, in welchem er sich durchdrungen von der Überzeugung erklärt, daß dieser Vertrag den rechtlichen Interessen der Krone und des Landes zu nahe tritt.“ — Der Abg. Mohl hat mit (dem Redner) in der letzten Sitzung Unbefriedigung mit dem stenographischen Berichte vorgeworfen. Sie werden sich nach dieser Vorlesung überzeugt haben, daß ich ihn recht wohl gekannt und ihn auch dem Sinne nach richtig citirt habe.

Abg. Mohl: Ich glaube der Vorredner hat, indem er Ihnen die verlorenen Worte vorgetragen hat, bewiesen, daß er etwas gesagt hat, was nicht der Fall ist. Die von ihm vorgetragenen Worte sagen nicht, daß Württemberg ruinirt werden werde, sondern daß der Vertrag den Rechten und Interessen der württembergischen Krone nicht entspreche, und das ist etwas ganz Anderes, als das, was mir hr. v. Hennig in der letzten Sitzung in den Mund gelegt hat.

Abg. v. Hennig: Ich constatiere, daß nach dem stenographischen Bericht der Abg. Mohl dem Minister v. Barnbüler nicht widersprochen hat, obgleich dieser ausdrücklich erklärt hat, daß der Abg. Mohl in den 30er Jahren den Vertrag auch für die Interessen des württembergischen Landes für schädlich gehalten hat.

Abg. v. Hoberndorff: M. h. gestatten Sie mir die herzliche Bitte auszusprechen, daß wir ein derartiges Eingehen auf eine so weit zurückliegende Vergangenheit lieber vermeiden. (Beifall.) Es führen hier Leute genug im Hause, die heute nicht mehr das unterstreichen möchten, was sie vor 3 oder 4 Jahren gesagt haben (Bravo! und Heiterkeit), um so weniger ist eine Veranlassung da, sich mit den Neuauflerungen, die vor 30 Jahren gefallen sind, so genau zu beschäftigen (Beifall).

Abg. v. Hennig: Der Abg. Mohl hat ausdrücklich erklärt, wir könnten die Vorgänge von damals gar nicht kennen, er selber hat also die Veranlassung dazu gegeben, näher hierauf einzugehen.

Redner legt das stenographische Protokoll zur Einsicht aus und reicht es dem Abg. Mohl zu, der sich gerade auf der Tribüne befindet, jedoch unter der Heiterkeit des Hauses die ihm dargebotene Einsicht in das Altersstück ablehnt. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Das Haus sieht nunmehr die Vorberathung des Handelsvertrages mit Österreich fort, die vorgestern bei Position 6 (Eisen) stehen geblieben war. Der Präsident bemerkte, daß die auf die folgenden Positionen bezüglichen Petitionen, die sich noch täglich vermehren (das heute ausgegebene zweite Verzeichnis zählt 26 Nummern) zur Einsicht des Hauses ausliegen. Zu den Positionen 7—19 (Erden und Erze, Flachs, Getreide, Glas, Haare, Häute, Holz, Instrumente, Kautschuk, Kleider, Kupfer, kurze Waaren, Leder und Lederwaren) verlangt Niemand das Wort. Dagegen knüpft sich eine längere Debatte an Position 20 (Leinengarn, Leinwand). Frei vor jeder Abgabe beim Eintritt in den Zollverein ist nach dem Vertrage rohes Garn als Handgespinnt, dagegen ist für rohes Maschinengespinnt 15 Sgr. pro Centner zu zahlen (früher 2 Thlr.), für gebleichtes und gefärbtes Garn 1% Thlr. (früher 3 Thlr.), für Zwirn 4 Thlr., für Seilerwaren 15 Sgr. (früher 4 Thlr.), für graue Packleinwand 20 Sgr., für rohe Leinwand 4 Thlr., für gebleichte, gefärbte, bedruckte Leinwand, Tischtuch, Batist 10 Thlr., für Vändere, Strumpf, Posamentierwaren u. 20 Thlr., für Zwirnspitzen 40 Thlr.

Abg. Waldeck: Es ist unmöglich, daß wir das Prinzip des Freihandels mit absoluter Consequenz durchführen, so lange unter ganzem Steuersystem denselben widerspricht; wir haben noch eine große Zahl indirekter Steuern, die schon als Feinde aller freiheitlichen, constitutionellen Entwicklung und als Begünstiger des herrschenden Militärsystems zunächst befürchtet werden müssen. — Nicht nur als Vertreter eines Kreises, der durch seine Leinen-Industrie weltbekannt ist, sondern im Interesse der Sache selbst fühle ich mich verpflichtet, auf den Schaden hinzuweisen, den man durch eine plötzliche Änderung des Systems einem Industriezweige zufügen würde, der auf Grund anderer Voraussetzungen ins Leben gerufen ist. Der Herr Vertreter des Bundeskanzleramtes hat sich darauf berufen, daß die Handelskammern der Leinendistricte selbst sich mit einer Herabsetzung des Zolls für Leinengarn auf 15 Sgr. in ihrer Majorität einverstanden erklärt haben.

Es ist dies allerdings geschehen, nämlich seitens der westfälischen Handelskammern, aber nur deshalb, weil diese von der österreichischen Einführung, die nur deshalb hatten und in der bestimmten Voraussetzung, daß man auch Frankreich zu einem gleichen Zweckstand bewegen werde. Man beruft sich ferner auf die vom preußischen Abgeordnetenhaus angenommenen Resolutionen, dieselben sind doch aber nicht so zu verstehen, daß nur bei jedem Vertrage, der nach einer Seite hin geschlossen wird, eine Herabsetzung des Leinengarnzolls vorgenommen werden sollte. Es ist dringend nothwendig, daß eine solche Herabsetzung nach beiden Seiten hin gleichen Schritt halte und man hätte deshalb besser gethan, dieselbe Österreich gegenüber so lange zu verschieben, bis man von Frankreich und Belgien dieselbe Concession erlangt hätte. Nicht um die Interessen einzelner Großindustrieller handelt es sich bei dieser Frage; die ganze Lebensweise und Landeskultur hat sich in den westfälischen Leinendistricten nach diesem Industriezweige geregelt, es gilt mithin die Interessen einer ganzen Bevölkerung. Dennoch würde mich dies nicht bestimmen können, den Vertrag abzulehnen, denn da selbst die Bedingung ist, unter der Mecklenburg dem Zollverein beitreten und da ich auf das Bestehe des Zollvereins ein außerordentliches Gewicht lege, so überwiegt meiner Ansicht nach die Wichtigkeit des Zustandekommens des Vertrages, die dagegen geltend gemachten Bedenken. Hierbei muß ich aber den Wunsch aussprechen, daß wir in Zukunft Gelegenheit haben, unsere Stimme über die Bestimmungen eines Vertrages zu erheben, bevor derselbe abgeschlossen ist, nur dadurch können die Interessen, wie sie hier hervorgehoben worden sind, zur Geltung gebracht werden. Wären wir ein wirkliches Parlament, so könnten wir wenigstens eber die Hoffnung auf Realisierung der in der Discussion ausgesprochenen Wünsche haben, jetzt besitzen dieselben keine höhere Bedeutung als eine Abhandlung in der Presse, wir können die Beschwerde hier kaum berühren — abändern auf keinen Fall. Es bleibt uns also jetzt nichts übrig, als den Vertrag so, wie er uns vorliegt, anzunehmen; dabei spreche ich aber den Wunsch aus, daß bei Abänderungen des Tarifs doch einigermaßen Rücksicht genommen werde auf die Industrie eines so großen und wichtigen Theiles des Zollvereins, wie es Westfalen ist. (Beifall.)

Abg. Roth (Hamburg): Ob die Ausführungen des Vorredners über die Stellung dieses Hauses gerechtfertigt sind, lasse ich dahingestellt; ich hoffe,

es wird eine Zeit kommen, in welcher unsere Beschlüsse die Bedeutung haben werden, welche der Abg. Waldeck für dieselben in Anpruch nimmt. Auch ich bin nicht frei von einem unbefoglichen Gefühl, wenn ich die einzelnen Bestimmungen des Vertrages in's Auge fasse. Man hat in demselben nur den Weinbau, die Eisen- und Leinen-Industrie der künftlichen Vertheuerung entkleidet, wie dies Österreich gegenüber allerdings naturgemäß war; in der Erwartung aber, daß man in Zukunft dieses Prinzip auch auf die übrigen Zweige ausdehnen, und dadurch die jetzt begangene Ungerechtigkeit beseitigen wird, bitte ich Sie, dem Vertrag Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Lukas (Regensburg): Mein Wahlkreis hat viel Flachs- und Leinen-Industrie, die schon jetzt unter der weitgehenden Concurrenz schwerleidet und durch diesen Vertrag in eine sehr schwierige Lage kommt. Sie werden die deutschen Weber in dieselbe Lage bringen wie die deutschen Dichter, die man verhungern zu lassen, und dann für ihr Entmalt zu sammeln pflegt, wenn Sie diese Bestimmung des Vertrages genehmigen, werden Sie bald für die deutschen Weber ebenfalls Sammlungen veranstalten. Man hat auf politische Gründe hingewiesen, aber mir will es nicht recht in den Kopf, daß man aus politischen Rücksichten die materiellen Interessen eines Landes schädigen dürfe; mir scheint, der Staat ist der Gesellschaft wegen da, nicht aber die Gesellschaft des Staates wegen. Mich wird diese einzelne Position verlassen, gegen den Vertrag zu stimmen.

Abg. Russell wünscht die Belehrung des Schuhzolls, jedoch mir Beurtheilung der betroffenen Industriezweige. Auch er würde gegen den Vertrag stimmen, wenn er die Leinen-Industrie tatsächlich gefährdet säße, er sei jedoch überzeugt, daß die Nachtheile, die die Spinnereien auf der einen Seite erleiden, auf der anderen Seite von den Vortheilen, die der Weberei erwachsen, aufgewogen würden. Wenn er überdies die Dividenden betrachte, welche die großen Spinnerei-Gesellschaften zahlten, z. B. in Rabenberg 20 Prozent, in Osnabrück mindestens 10 Prozent, so könnte er nicht glauben, daß dieselben eine Herabsetzung des Leinengarn-Zolls nicht vertragen sollten. Endlich aber dürfte man selbst kleine materielle Opfer nicht scheuen, wenn es gelte, das gelockerte Band, welches Deutschland mit Österreich verbinde, wieder fester zu schlingen.

Abg. Mohl weist den Vorwurf zurück, daß er bei einer rein theoretischen, ganz veralteten Ansicht stehen geblieben sei. Gerade die in den letzten Jahren ihre Ansicht mehrfach geändert, seien dazu um so weniger berechtigt, als ihre Ansicht keine wohlerwogene gewesen sei. Für die seines spreche nicht nur die Theorie, sondern auch die praktische Erfahrung. Von den meisten Mächten, die den Zoll auf Leinengarn reden, sei später eine entgegengesetzte Richtung eingeschlagen worden, in Deutschland selbst habe der Hungertypus unter den Leinen-Arbeitern gewütet, bis man durch Einführung des Schuhzolls zum Aufkommen der deutschen Leineweberie die Hand bat. Diese Erfahrungen möge man berücksichtigen und gegen die Abstimmung nicht citiren.

Abg. Miquel: Die Handelskammern in den Leinendistricten haben, wie der Abg. Waldeck bereits ausgesprochen, die Position nur unter der Voraussetzung der Reciprocity mit Frankreich gebilligt. Zugleich kann ein entscheidendes Gewicht auf derartige Gutachten nicht gelegt werden, da dieselben sich lediglich nach den speziellen Interessen derer richten werden, aus denen die Handelskammer zusammengeht ist. Überwiegt in ihr die Zahl der Vertreter der Weberei, so wird das Urtheil ein anderes sein, als bei Spinnerei-Interessen. Die Vielesfelder Handelskammer hat sich überdies gegen die Herabsetzung des Zolls ausgesprochen, ein Votum, das um so mehr in das Gewicht fällt, als die dortige bedeutende Spinnerei-Aktien-Gesellschaft in derselben nicht vertreten ist. Die an Österreich gemachte Concession widerspricht den Interessen unserer Industrie, sowie dem ganzen von uns bisher verfolgten System. Nach den bestimmten Entlastungen des Herrn Vertreters des Bundesrates wurde dieselbe allerdings von Österreich entschieden verzögert, seine Ausführungen haben aber in mir den Eindruck hervorgerufen, daß man diesem Verlangen nicht mit der Energie entgegentreten ist, die vielleicht ein anderes Resultat herbeigeführt haben würde.

Bundescommisar Präsident v. Delbrück: Der Herr Vorredner hat sich auf meine Ausführungen in der letzten Sitzung bezogen; ich habe in derselben ausgesprochen, daß die überwiegende Mehrheit der Handelskammern sich mit der Reduction des Zolls einverstanden erklärt habe, die Vielesfelder Kammer habe ich speziell nicht erwähnt, sonst würde ich allerdings gesagt haben, daß dieselbe sich gegen die Position erklärt hat. Ich will dabei aber gleichzeitig bemerken, daß bei dem Bundeskanzleramt eine große Reihe von Vielesfelder Firmen vorstellig geworden ist, um dem Votum der Handelskammer entgegen, die Reduction des Leinenzoll-Garnes zu befürworten. Hätten wir geglaubt, daß unserer Industrie dadurch eine unheilbare Wunde geschlagen würde, dann würden wir dem Verlangen nach der Concession allerdings mit größerer Energie entgegentreten sein, wir würden dann das Zugeständnis in keinem Falle gemacht haben, selbst um den Preis, daß der Vertrag nicht zu Stande kam. Die Auffassung, daß, wenn der Vertrag jetzt die Zustimmung dieses Hauses nicht findet, durch Abänderung einzelner Positionen sofort ein neuer geschaffen werden könnte, muß ich als eine durchaus irrite und auf Verlängerung der Verhältnisse beruhende bezeichnen. Eine Verhandlung der Zolltarifänderungen im Parlament vor dem Vertragsabschluß ist unmöglich; selbst das mit Rechten am reichsten ausgestattete englische Parlament befand sich dem Vertrage mit Frankreich gegenüber genau in derselben Lage, wie diese Versammlung augenblicklich; und obwohl man versucht hat, die Bedeutung der hier gesetzten Beschlüsse als sehr geringfügig darzustellen, so scheint mir doch die Stellung eines Hauses, welches die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Verträge zusteht, eine durchaus würdige zu sein.

Abg. Schäffle empfiehlt die Annahme des Vertrages, obwohl er gesagt hätte, daß man vor dem Eintritt so wichtiger Veränderungen nicht bloß das Gutachten der Handelskammern eingeholt, sondern die Interessen der beteiligten Industriezweige auf das Sorgfältigste berücksichtigt hätte. Hätten wir geglaubt, daß unserer Industrie dadurch eine unheilbare Wunde geschlagen würde, dann würden wir dem Verlangen nach der Concession allerdings mit größerer Energie entgegentreten sein, wir würden dann das Zugeständnis in keinem Falle gemacht haben, selbst um den Preis, daß der Vertrag nicht zu Stande kam. Die Auffassung, daß, wenn der Vertrag jetzt die Zustimmung dieses Hauses nicht findet, durch Abänderung einzelner Positionen sofort ein neuer geschaffen werden könnte, muß ich als eine durchaus irrite und auf Verlängerung der Verhältnisse beruhende bezeichnen. Eine Verhandlung der Zolltarifänderungen im Parlament vor dem Vertragsabschluß ist unmöglich; selbst das mit Rechten am reichsten ausgestattete englische Parlament befand sich dem Vertrage mit Frankreich gegenüber genau in derselben Lage, wie diese Versammlung augenblicklich; und obwohl man versucht hat, die Bedeutung der hier gesetzten Beschlüsse als sehr geringfügig darzustellen, so scheint mir doch die Stellung eines Hauses, welches die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Verträge zusteht, eine durchaus würdige zu sein.

Abg. Schäffle empfiehlt die Annahme des Vertrages, obwohl er gesagt hätte, daß man vor dem Eintritt so wichtiger Veränderungen nicht bloß das Gutachten der Handelskammern eingeholt, sondern die Interessen der beteiligten Industriezweige auf das Sorgfältigste berücksichtigt hätte. Den Ausführungen des Abg. Mohl müßte er entgegentreten. Nicht der Mangel an Schuhzoll habe den Hungertypus veranlaßt, sondern durch den verspäteten Übergang der Hauses zur Maschinen-Industrie sei die deutsche Leinen-Fabrikation zurückgehalten worden.

Abg. Feustel (gegen den Vertrag): Die Verarbeitung der Leinengarne, deren Betrieb durch die Herabsetzung der Steuer gefährdet wird, hängt aufs Innigste zusammen mit den Gesamtinteressen des Landes. Wir verarbeiten jährlich ein Quantum von 400.000 Centner Flachs, wodurch allein an Arbeitslohn dem Volke 3 Millionen Thaler zustießen. Rechnen Sie überdies den Centner Flachs nur zu 15 Thlr., so beträgt die Gesamtausgabe für Rohmaterial 6 Millionen Thaler, die der Landwirtschaft zu Gute kommen. Ein Sachverständiger, der selbst Freihändler ist, gab mir den Beweis, daß mit einer Reduction des Schuhzolls von 2 Thlr. auf 15 Sgr. der Landwirtschaft der härteste Schlag versetzt würde. Wenn Sie dabei gleichzeitig erwägen, wie der Hopfenbau durch Überproduktion gelitten, wie der Rapsbau durch das Petroleum, der Rübenbau durch den Colonialzucker, der Tabaksbau durch die erhöhte Besteuerung bestraft und geschädigt wird, wie durch den erweiterten Eisenbahnbetrieb und die dadurch aus dem Osten hereingebrachte Konkurrenz die Getreidepreise sinken, so hoffe ich, daß Sie Bedenken tragen werden, der Landwirtschaft ein neues Opfer aufzuerlegen, indem Sie durch Herabminderung des bisherigen Schuhzolls auch noch den Bau des Flachses beschränken.

Die Gründe, welche in den Motiven der Vorlage dafür angegeben werden, scheinen mir nicht zutreffend. Der Umstand, daß während der Zeit, in welcher der Zoll auf Leinengarn nur 15 Sgr. betrug, an der preußisch-russischen Grenze Fabriken entstanden und mit gutem Erfolge gearbeitet haben, findet seine Erklärung darin, daß die Vortheile, welche die Industrie aus den Balata-Schwankungen in Österreich zog, größer waren, als der Nachteil, der aus der Reduction des Zolls erwuchs. Ebenso wenig kann der Ausspruch der Handelskammern entscheidend sein. Man kann sich wohl für Ermäßigungen eines Zolls aussprechen, ohne doch einen so großen Sprung gemacht zu haben. Die Folge desselben wird sein, daß die Weiterentwicklung dieses Industriezweiges gehemmt wird, und daß die seit dem Jahre 1861 begründeten Etablissements, die noch nicht Zeit gehabt haben, eine größere Summe ihres Anlagekapitals zu amortisieren, in die traurige Lage versetzt werden. Sie geben unsere Industrie dadurch England, Frankreich, Belgien und in Folge der Balata-Aenderungen auch Österreich, Preis.

Ich kann auch ich mich nicht entschließen, für Ablehnung des Vertrages zu stimmen, weil mir die Prüfung der einzelnen Tarifzölle gezeigt hat, daß die dadurch gewonnenen Vortheile die Nachtheile überwiegen.

Eine Bitte aber wollte ich noch an die hohen Bundesregierungen richten. Einzelne der betreffenden Industrien haben mir mitgetheilt, daß noch Frachtdisparitäten stattfinden von wirklich schauerlicher Art. Den russischen Flachs nach Gent kann man wohlfleißer verladen, als an die preußischen Stationen, die an Belgien grenzen. Sie finden in einer Brochüre angegeben, daß die Differenz etwa 15 Sgr. pro Centner beträgt. Ich habe gehört, daß man nach Böhmen, z. B. nach Trautenau, billiger verlädt, als nach den schlechten Spinnereien. Nun, wenn es wirklich so ist — untersuchen kann ich es nicht — so ist für die Regierung die bestillte Pflicht vorhanden, daß sie, da sie selbst anerkennt, daß der Industriezweig, um den es sich hier handelt, schwer beeinträchtigt wird, — daß sie solche Disparitäten sofort aus der Welt schafft und überhaupt Alles thun muss, um den Kampf, in welchen diese Industrie unlängst geworfen werden wird, nach Möglichkeit zu erleichtern. Kommt die Regierung in dieser Beziehung der Leinen-Industrie thätiger zu Hilfe, so wird sich dieselbe gewiß dankbar bezeugen und es dem öffentlichen Wohl doppelt und dreifach vertrauen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Camphausen (Neuß) ist keineswegs der Ansicht, daß durch die Herabsetzung des Leinengarnzolls die Industrie geschädigt wird; sonst würde er gegen den Vertrag stimmen. Durch die Bestimmung des französischen Handelsvertrags, wodurch der Zoll für Leinengarn auf 2 Thlr. herabgesetzt wird, hätten wir die Möglichkeit aus der Hand gegeben, die Industrie auf die Beförderung der feineren Garne und feineren Leinwand zu richten; dagegen würden die groben Garne, die Massenproduktion in unseren Händen bleiben; und dies wird auch durch den gegenwärtigen Vertrag nicht gehindert. Aller Schutz würde ja nicht ausgegeben, sondern der Schutz nur verhindert. Dem Wunsche des Vorredners an die Regierung, dahin zu wirken, daß die Zölle von Frankreich und Belgien herabzusetzen, könne er sich nur anschließen; aber mit der Genehmigung der vorliegenden Tarifänderung bis dahin zu warten, sei nichts anders als eine verschämte Art der Ablehnung des ganzen Vertrages, da derselbe durch einen solchen Beschluss ad calendas graecas vertragt werde.

Abg. Camphausen (Neuß) ist keineswegs der Ansicht, daß durch die Herabsetzung des Leinengarnzolls die Industrie geschädigt wird; sonst würde er gegen den Vertrag stimmen. Durch die Bestimmung des französischen Handelsvertrags, wodurch der Zoll für Leinengarn auf 2 Thlr. herabgesetzt wird, hätten wir die Möglichkeit aus der Hand gegeben, die Industrie auf die Beförderung der feineren Garne und feineren Leinwand zu richten; dagegen würden die groben Garne, die Massenproduktion in unseren Händen bleiben; und dies wird auch durch den gegenwärtigen Vertrag nicht gehindert. Aller Schutz würde ja nicht ausgegeben, sondern der Schutz nur verhindert. Dem Wunsche des Vorredners an die Regierung, dahin zu wirken, daß die Zölle von Frankreich und Belgien herabzusetzen, könne er sich nur anschließen; aber mit der Genehmigung der vorliegenden Tarifänderung bis dahin zu warten, sei nichts anders als eine verschämte Art der Ablehnung des ganzen Vertr

ersuchen, dann nicht mit allerlei Incompetenzentreden allzu freigiebig zu sein. Ich weiß, daß bei diesen Incompetenzentreden zweierlei Tendenzen im Hanse maßgebend sind; die einen wollen den Süden durch Wohlwollen an sich ziehen und festeln, die andern wünschen den Süden durch Absperrung auszuhungern. Den Anhängern dieser Theorie möchte ich zu verstehen geben (Ruf: Zur Sache!) — Präsident Simon unterrichtet den Redner und erklärt, daß er jetzt in dieser Weise nicht weiter sprechen könne; seine Bedenken in Betreff der Incompetenz möge er vorbringen, wenn über den betreffenden Antrag verhandelt werde. — Abg. Bamberger (fortfahrend): Um nicht Gefahr zu laufen, weiter unterbrochen zu werden, will ich schließen. Wenn Sie aber glauben, durch Incompetenzentreden den Süden auszuhungern, so kann ich versichern, daß wir Hessen schon vollständig genug ausgehungert sind und so durch Hunger gejähmt, daß wir ganz bereit sind, in den norddeutschen Bundesstaat uns einsperren zu lassen. (Heiterkeit.)

Abg. Braun (Wiesbaden): Obgleich ich Vertreter der besten Weinregion der Welt bin (Heiterkeit), Rüdesheim, Steinberg u. s. w., bin ich doch mit der Herabsetzung des Weinzolls vollständig einverstanden. Schon bei der Verabschiedung des deutsch-französischen Handelsvertrages habe ich mich dafür ausgesprochen. Es ist mir damals freilich nicht gelungen, meine Wähler zu überzeugen; und die Folge war, daß sie mich 1864 durchfallen ließen (Heiterkeit), was mir übrigens weiter keinen Schaden zugefügt hat. Nach Einführung des Handelsvertrages aber überzeugten sie sich, daß die Tarifreform, verbunden mit der Befreiung des Binnenzolls, der Aufhebung der Übergangssabgabe zwischen Nord- und Süddeutschland, nach beiden Seiten hin zweckmäßig gewirkt hat. Diese Erfahrung gibt mir den Mut, gegenwärtig aus Überzeugung von der Heilsameit der Tarifreform für den Vertrag zu stimmen, obgleich die Mehrzahl der süddeutschen Weinproduzenten gegenwärtig anderer Meinung sind. Die französischen Weine sind nur die Pioniere, die einer stärkeren Kraft Platz machen werden, den süddeutschen Weinen. So viel Vertrauen habe ich zur menschlichen Vernunft und zur menschlichen Zunge. (Heiterkeit) Wo aber der Grundsatz der Freiheit nach Außen eingesetzt wird, müssen auch Steuerreformen im Innern eintreten; und ich schließe mich in dieser Beziehung meinem Vorredner an. Es müssen nicht nur die gemeinschaftlichen binnennationalen Consumentionsabgaben beseitigt werden, sondern auch die 20 Prozent Rabatt wegfallen, welche der Weinhandel für französische Weine noch erhält. Denn hierin liegt ein Schutz-  
zoll zum Nachteil der inländischen und zum Vorteil der ausländischen Produkte. Die Gründe, die früher dafür maßgebend waren, wie der hohe Eingangs-  
zoll ic., sind weggefallen durch Ermäßigung des Zolls. Eine Resolution will ich hier nicht stellen, da diese Frage den Vertrag nicht berührt, sondern nur eine Frage der inneren Verwaltung ist. Ich empfehle aber dem Zollbundesthron diese Frage in Erwägung zu ziehen, ebenso wie eine gleichmäßige Besteuerung des Weins im Innern.

Abg. Nohs: Durch die Herabsetzung des Weinzolls von 4 auf 3½ Thaler werden die Interessen unserer Weinproduktion schwer geschädigt werden. Sie werden, wenigstens nicht gleich, die Concurrenz mit den französischen Weinen ertragen können; denn die Produktion des Weines ist in Frankreich viel wohlfeiler als bei uns, wo er dem Boden viel mühsamer abgezogen werden muß; und die ohnehin schon schlechte Lage unserer Weinbauer wird dadurch noch schlechter werden.

Abg. Meß: Viele Beispiele, deren Wohlstand nur auf dem Weinbau beruht, erkennen trotzdem die Herabsetzung des Weinzolls als berechtigt an, wenn nur der von dem Abg. Bamberger ergüligen inneren Abgabe ein Ende gemacht wird. Wir müssen einen Ausweg finden, auf dem wir dieser Steuer zu Leibe rücken können. Es macht das schon der Artikel 5, § 2 c erforderlich; danach war das höchste Maß dieser Steuer bisher 5 Thaler von dem Ohm, jetzt, wo der Eingangs-  
zoll heruntergesetzt werden soll, muß notwendig auch dies Maximum sich vermindern. Komme man nicht immer mit dieser sogenannten Incompetenz. Ich bin auch Vertreter eines süddeutschen Bezirkes, und gerade als solcher sage ich: Hier, wo es sich um Genehmigung eines Handelsvertrages handelt, müssen wir zugleich dadurch, daß wir die Consequenz für die innere Gesetzgebung ziehen, dafür sorgen, daß nicht die inländische Verfolgung schwerer in ihren Interessen geschädigt wird. Dazu muß das Zollparlament kompetent sein, und ich hoffe, daß Sie sich seiner Zeit in diesem Sinne entscheiden werden.

Abg. Grumbrecht: Die beste Widerlegung der Befürchtungen Nohs' sei der Umstand, daß alle die Vorausagungen, die man über die Folgen des deutsch-französischen Handelsvertrages gemacht, nicht eingetroffen seien. Trotz der damals erfolgten bedeutenden Herabsetzung des Weinzolls habe die Einfuhr französischer Weine nicht zugenommen, und glaubt Redner überhaupt, daß auch durch die gegenwärtige Zollveränderung in dem Consument des Weines nichts werde geändert werden. Zum Schluß bringt Redner jedoch seine finanziellen Bedenken gegen die vorliegende Herabsetzung zur Sprache.

Präsident Delbrück: Die Regierungen haben lange gezögert, ehe sie sich entschlossen haben, auf den bisherigen Zollsatz für Wein zu verzichten. Würden sie weniger bedenklich gewesen sein, so hätte man diesen Vertrag vielleicht schon vor einem Jahre unterzeichnet können. Da in wirthschaftlicher Beziehung bisher keine Bedenken gegen diese Herabsetzung laut geworden sind, so gehe ich nur auf die von dem Herrn Vorredner berührten finanziellen Bedenken näher ein. Kaum mit irgend einem Finanzartikel hat der Zollverein so lehrreiche Erfahrungen gemacht, wie mit Wein. Dersele unterlag früher einem Zollzusatz von 8 Thlr. In der Zeit von 1842 bis 1862 kam auf den Kopf der Bevölkerung eine durchschnittliche Einnahme von 1,58 Sgr. Im Jahre 1853 wurde der Weinzoll abgeändert; für Wein in Flaschen blieb der alte Zoll von 8 Thlr. bestehen, für Wein in Fässern wurde er auf 6 Thlr. herabgesetzt. In der Zeit von 1853 bis 63 war die durchschnittliche Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung 1,33 Sgr.; im Jahre 1865 ist der Zoll für Wein in Fässern und in Flaschen auf 4 Thlr. herabgesetzt, und als durchschnittliche Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung ergab sich für die Jahre 1866 und 1867 1,31 Sgr. Nach einem Zollerlaß also von Anfang 1½ Millionen und dann 900.000 Thlr. ist doch nur eine Ermäßigung der Einnahmen pro Kopf von 1,58 Sgr. auf 1,33 und 1,31 Sgr. eingetreten. Diese Erfahrungen sind vollkommen geeignet, die Befürchtungen des Vorredners zu heben. Ich weiß zwar wohl, daß jede Zollermäßigung ihre Grenze hat, ich glaube aber, mit den im Augenblicke bestehenden Zollsätzen wird diese Grenze noch nicht erreicht.

Der Schluß der Debatte über diese Position wird angenommen.

Zu Art. 4 erklärt sich der Abg. v. Hennig gegen Erhebung irgend eines Ausgangszolles, enthaltet sich jedoch einen bezüglichen Antrag zu stellen.

Abg. v. Sänger bringt zur Sprache, daß im Widerspruch mit dem Art. 4, 2 des Vertrages die bei der Ausfuhr des Brantweins in Österreich bewilligte Ausfuhrvergütung höher ist als die innere Besteuerung des Brantweins, und liege daher hier ein ähnlicher Missbrauch vor, wie man denselben neulich Frankreich gegenüber in Bezug auf Eisenwaren verhandelt habe. Redner fragt, ob der Bundesregierung dieser Zustand bekannt sei und ob dieselbe Maßregeln zu treffen beabsichtige, demselben ein Ende zu machen.

Präsident Delbrück antwortet, daß den Regierungen das geschilderte Verhältnis bekannt sei und daß an die österreichische Regierung der Antrag gerichtet worden sei, die Ausfuhrvergütung herabzusetzen. Diese Herabsetzung sei aber durch Gesetz vom 28. März d. J. bereits geschehen.

Abg. Müller (Laudan) hebt ausführlich die Nachtheile des von Lumpen, Matkulatur und Papierspanen erhobenen Ausgangszolles hervor, zumal die Höhe dieser Abgabe in Österreich und im Zollverein eine verhältnismäßig hohe Grade die Ausfuhr der besten Lumpen zum Nachtheile der einheimischen Papierfabrikation begünstigt werde.

Zu Art. 6 Lit. b. beantragen die Abg. Dr. Friedenthal und v. Göller, unterstützt durch zahlreiche Mitglieder aus Süddeutschland und allen Fraktionen: Das Präsidium des Zollvereins zu erüben, mit der österreichischen Regierung, im Anschluß an die bevorstehenden gemeinschaftlichen Zollermäßigung, in Verhandlung zu treten beabs. Verständigung über gemeinsame Maßregeln, dazu geeignet, in den beiderseitigen Zollgebieten der Rinderpest vorzubeugen, beziehungsweise dieselbe zu unterdrücken.

Abg. Möhl erklärt sich gegen diesen Antrag. Die bisherigen Maßregeln, die die preußische Regierung gegen die Rinderpest getroffen, seien vorzeitig; diese Maßregeln seien auch von allen süddeutschen Regierungen akzeptiert. Es sei daher kein Grund zu einem besonderen Antrage an das Präsidium des Zollvereins.

Nachdem Abg. v. Göller mit warmen Worten unter Beifall des Hauses die Resolution zur Annahme empfohlen, wird dieselbe mit großer Majorität angenommen.

Zu Art. 10 spricht der Abg. Krieger (Posen) seine Befriedigung über das zur Befreiung des Schlechthandels abgeschlossene Zollcartell aus.

Abg. Twetenholt auch die Einführung allgemeiner Strafbestimmungen für wünschenswerth. Bundescommissar Delbrück erklärt dies vorläufig weder für möglich, noch für notwendig.

Zu Art. 18, dessen erster Satz lautet: „Die Angehörigen der vertragenen Theile sollen gegenseitig in Bezug auf den Antritt, den Betrieb und die Abgaben von Handel und Gewerbe den Inländern völlig gleichgestellt sein“, tadelte Abg. Bluntschli, daß derselbe in verschiedener Weise ausgelegt werden könne, indem es scheinen könnte, als ob dadurch eine völlige Freiheit zwischen den Zollvereinsstaaten und Österreich hergestellt sei. Wenn diese Interpretation richtig wäre, würde die Anomalie herbeigeführt, daß die Österreicher, Ungarn u. mehr Rechte in den Staaten des nord-

deutschen Bundes hätten, als die Angehörigen der süddeutschen Staaten, da bisher eine Freizügigkeit zwischen Nord- und Süddeutschland nicht besteht. Er bittet um Auskunft, ob diese Interpretation die richtige sei.

Bundescommissar Delbrück: Die Interpretation ist nicht richtig. Der Artikel 18 enthält gar keine Vereinbarung über die gegenseitige Freizügigkeit oder das Recht, sich niederzulassen. Er bestimmt lediglich, daß der Angehörige des einen Theils, welcher sich in dem Gebiete des andern niedergelassen hat, alsdann in der Befugnis zum Gewerbebetrieb, Besteuerung u. s. w. ganz wie der Inländer behandelt werden soll.

Zu den übrigen Artikeln des Vertrages nimmt Niemand mehr das Wort.

An die übrigen Artikel knüpft sich eine Debatte. Es wird in Folge dessen zur Abstimmung über den ganzen Handelsvertrag geschritten, und zwar zur namentlichen. Der Vertrag wird mit 246 gegen 17 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmte nur ein Theil der Süddeutschen: Knosp, Jörig, v. Hohenbrädl, Lucas, Mohr, v. Neurath, v. Otho, Frhr. v. Buz-Rhein, Sepp, v. Stötzingen, Bayhinger, Ammer-Müller, Bissing, Dörfner, Dennis, Freitag; außerdem Graf Pleißn.

Mit Ja stimmten von den Süddeutschen v. Mittnacht, Dr. Miller (Bayern), Ramm, Reibel, Schaeffle, v. Schöler, Dr. Schneider, v. Schrenk, Schwinn, v. Stauffenberg, Tafel, beide Grafen Arco, beide Barth, Benzino, Bamberger, Bluntschli, Crämmer, v. Diepold, Dissen, Dörternbach, Edel, v. Eichthal, Erhard, Fabricius, Fauler, Feustel, v. Göler, Gürster, v. Guttenberg, Probst.

Von den Süddeutschen fehlten u. A. v. Barnbüler, b. Roggenbach, Abg. Harlkort enthielt sich der Abstimmung. Die anderen anwesenden Polen stimmten für den Vertrag.

Die in Bezug auf den österreichischen Handelsvertrag eingelaufenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Schlüß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Besluß über die geistliche Behandlung der die Tabaksteuer und die Tarifveränderungen betreffenden Vorlagen.

Berlin, 11. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten a. D. Has zu Düsseldorf den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Sergeanten Zippelring im 2. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 76 und dem Füsiliergelen Gustav Weh zu Brieg die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; den bisherigen Consistorial-Rath Joachim Ernst Friedrich Kandler in Stettin zum Ober-Consistorial-Rath mit dem Range eines Rathes III. Klasse und Mitgliede des Evangelischen Ober-Kirchenrats; den bisherigen Regierungsrath v. König zum Landrat und den Kreisrichter Dahlmann in Neuwied zum Kreisgerichts-Rath ernannt; ferner den praktischen Arzten z. Dr. Belfmann und Dr. Riedel in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Dem Herrn Wm. Colborn zu Frankfurt a. M. ist unter dem 7. Mai 1863 ein Patent auf eine in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu errichtete Maschine zum Untersetzen der Kirchen auf fünf Jahre ertheilt worden.

Dem jetzigen Vorsteher der städtischen höheren Töchter-Schule und Lehrerinnen-Bildungsanstalt zu Überfeld, Schornstein, ist der Titel „Director“ verliehen worden. — An der Realschule der Französischen Stiftungen in Halle a. S. ist die Förderung des ordentlichen Lehrers Geist II. zum Oberlehrer genehmigt worden.

Berlin, 10. Mai. [Se. Majestät der König] sprechen gestern 1¼ Uhr bei Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin im neuen Palais zu Potsdam.

Heute Vormittag nahmen Allerhöchsteselben die Vorträge der Hofmarschälle und des Civil-Cabinets entgegen. (St.-A.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 137. Fal. preuß. Klasse-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachl., Alexanderstr. 38,

ohne Gewähr.

(Aus dem Berliner Fremden- und Anz.-Blatt.)

Bei der heute beendigten Biebung sind folgende Nummern gezogen worden:

3 Gewinne von 5000 Thlr. auf Nr. 4978, 22,757 und 92,344.

4 Gewinne von 2000 Thlr. auf Nr. 28,376, 47,071, 62,639 u. 74,747.

39 Gewinne von 1000 Thlr. auf Nr. 372, 1526, 6441, 8313, 11,335,

11,345, 21,515, 22,445, 23,260, 25,613, 27,641, 33,062, 34,716, 35,245,

38,274, 42,414, 42,785, 43,590, 49,323, 49,745, 60,471, 60,685, 60,837,

63,148, 67,017, 67,401, 67,859, 71,204, 77,196, 78,388, 81,332, 89,298,

89,633, 89,941, 90,352, 92,372, 92,531 und 93,625.

61 Gewinne von 500 Thlr. auf Nr. 303, 1426, 2000, 3977, 4172,

4718, 5210, 6556, 9760, 11,331, 11,950, 12,247, 13,910, 15,341, 18,758,

19,821, 21,252, 21,306, 21,608, 22,027, 22,420, 24,189, 26,461, 29,549,

30,090, 30,656, 30,957, 32,622, 34,825, 35,399, 35,859, 38,211, 38,420,

38,927, 43,872, 45,815, 49,868, 53,416, 53,856, 57,224, 57,401, 59,290,

60,199, 62,968, 66,376, 68,009, 69,709, 71,280, 73,714, 76,598, 77,711,

78,314, 78,407, 79,594, 80,590, 82,050, 82,334, 83,373, 84,303, 87,636

und 91,648.

81 Gewinne von 200 Thlr. auf Nr. 1010, 1285, 1301, 2538, 3413, 4313,

4971, 6000, 6300, 6703, 7166, 7870, 8299, 9576, 10,253, 10,683, 11,558,

12,180, 12,425, 12,431, 12,656, 14,114, 14,772, 15,223, 16,368, 16,650,

17,002, 18,483, 19,749, 20,733, 24,334, 26,942, 26,980, 28,630, 29,352,

32,449, 35,476, 36,815, 36,941, 39,363, 39,393, 41,373, 42,581, 42,698,

43,419, 43,731, 47,164, 54,921, 56,233, 56,288, 56,830, 62,344, 62,631,

63,169, 63,989, 64,379, 64,935, 65,305, 66,661, 67,485, 70,067, 75,504,

75,754, 75,949, 80,587, 80,869, 81,154, 82,098, 82,957, 83,218, 85,474,

86,406, 87,181, 88,237, 88,720, 89,847, 91,713, 91,968, 93,463, 93,735

und 94,543.

Gewinne zu 70 Thlr. (Die Gewinne zu 100 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Paranthese beigefügt.)

10. 167, 248, 320, 35, 77, 458, 515, 21 (100), 28, 56, 83, 89,

616, 69, 87, 771 (100), 881, 84,

Compagnien 30 bis 34 Mann. Bei der Cavallerie sollen per Reglement so viel Mannschaften eingesetzt werden, als nach Entlassung der Reserven zur Wiedereinnahme des vollen Etats erforderlich sind. Bei den Pionier-Bataillonen beträgt die Rekrutenzahl 170 bis 190 Mann *sc.* Es würde diese Rekrutierung den angeführten Ziffern nach als eine überaus starke betrachtet werden müssen, schon früher ist indeß bestimmt worden, daß mit diesem Herbst zugleich eine sehr umfassende Dispositions-Beurlaubung eintreten soll, wovon nunmehr ein Theil derselben bereits mit diesem 1. Mai in Ausführung gesetzt worden ist und wodurch sich das Stärkeverhältniß der einzelnen Truppenheile allerding durchaus auf die gewöhnlichen Friedensetats reduzieren dürfte.

*[Die Session des Reichstages]* wird so lange fort dauern, bis die Feststellung des Bundeshaushalts erfolgt ist, wozu die Vorarbeiten bereits im Gange sind. Wir erfahren aus denselben, daß der Etat für das Bundeskanzleramt in einer Gesamtbilanz der fortlaufenden Ausgaben auf 178,350 Thlr. veranschlagt ist; der vorjährige Etat schloß mit einem Gesamtbetrag der Ausgaben von 70,550 Thlr., so daß der diesmalige um 107,800 Thlr. höher ist, weil der Hauptosten, welcher diesmal die Mehrausgabe bedingt, im vorjährigen Etat nicht figurirt, nämlich die Ausgaben an Pensionen und Unterstützungen für die Angehörigen der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee mit 76,000 Thlr. Bei den Besoldungen ist ein Plus von 7300 Thlr. veranschlagt und für den Dispositionsfonds des Bundeskanzlers für unvorhergesehene Ausgaben ein Plus von 20,000 Thlr.

*[Mennoniten. — Prüfung der Stadträthe.]* Bekanntlich ist die Ausnahme-Stellung der Mennoniten jetzt gesehlich fortgefallen. Neuerdings hat sich nun auch der Minister des Innern in einer Verfügung an die 4 Regierungen der Provinz Preußen, wo Mennoniten ansässig sind, also an die Regierungen von Königsberg, Gumbinnen, Danzig und Marienwerder, dahin ausgesprochen, daß die Beschränkungen der Mennoniten in Ansehung des Erwerbes von Grundbesitz, welche durch ältere Verordnungen festgesetzt waren, naturgemäß in Wegefall gekommen sind und daß die Behörden danach zu verfahren haben. Ein anderer Erlass des Ministers des Innern bezieht sich auf die Prüfungsfrage gewählter Magistrats-Mitglieder. Durch frühere Instruktionen ist nämlich den Regierungen die Befugniß ertheilt, eine Prüfung solcher Mitglieder anzuordnen, um die Überzeugung zu gewinnen, von welcher die Ertheilung der staatlichen Bestätigung der begülligen Wahl bedingt erscheint. Nun ist durch einen neueren Erlass der Grundsatz aufgestellt, daß diese Bestimmung nur dazu getroffen war, um dem Gewählten selbst in seinem eigenen Interesse Gelegenheit zu bieten, etwaige, gegen seine Bestätigung sprechende Bedenken in Betreff seiner Fähigkeit zu beseitigen. Es ist also angeordnet worden, daß die Regierungen von der Befugniß zur Anordnung einer Prüfung in keiner anderen Weise Gebrauch machen sollen, als daß sie dem Gewählten, gegen dessen Fähigkeit Bedenken obwalten, anheim geben, ob er sich zur Hebung dieser Bedenken einer Prüfung unterziehen will, welche also nur auf Antrag des Bevollmächtigten vorgenommen wird.

*[Die Verhandlungen mit der Schweiz]* wegen Abschlusses eines Zollvertrages sind abgebrochen. Die wesentlichen Differenzpunkte waren ausgeglichen, und vor etwa 14 Tagen zweifelte Niemand, daß der Vertrag zu Stande kommen werde. An den in der Schweiz bestehenden Detrois, die von der Bundesregierung ohne die Zustimmung der Kantonalregierungen nicht geändert werden können, ist das Zustandekommen des Vertragswerkes gescheitert. Gestern hat Dr. Heer Berlin verlassen.

*[Die russische Regierung]* hat nunmehr gutem Vernehmen nach, wenigstens einer Grenzoll-Plackerei ein Ziel gesetzt und verordnet, daß der plötzlich eingeführte Zoll für „gebrauchte Säcke“, welche nach Polen (dem Weichsel-Lande) von preußischen Geschäftstreibenden zur Ausfuhr dort angekauft Erzeugnisse, als Wolle, Getreide *sc.* eingeführt wurden, fortan nicht mehr erhoben werde.

*[Bon den jüngeren rheinischen Dichtern]*, die sich seit Jahren zumeist in der lyrischen Poesie versucht haben, ist einer der talentvollen, Carl Siebel, am Sonnabend in Elberfeld gestorben. Er ist nur 32 Jahre alt geworden und hielt sich in letzterer Zeit auf der Insel Madeira auf. Von dort zurückgekehrt ist er bald darauf in seiner Heimat einer unheilbaren Brustkrankheit erlegen.

*[Baden-Baden, 11. Mai. — Der Kronprinz von Preußen]* ist vergangene Nacht hier eingetroffen. Derselbe stattete heute der gegenwärtig hier verweilenden Königin von Preußen einen Besuch ab. Die Großherzogin von Baden war anwesend, der Großherzog wird erwartet. Der Kronprinz gedenkt bis morgen hier zu verweilen.

### D e s t r e i c h .

*[Biel, 11. Mai. — Der Budgetausschuß]* nahm folgende Anträge an: Zur Deckung des Defizits sind die Staatsgläubiger und die übrige steuerfähige Bevölkerung heranzuziehen. Die Fragen der Belastung der Staatschulden und der Unification der Staatschuld sind sofort definitiv zu entscheiden.

### D a n e m a r k .

*\*+ Kopenhagen, 8. Mai. [Die dänische Tagespresse über die preußische Orlogssflotte. — Geschenk eines österreichischen Offiziers. — Zu der Nachricht von der Verlobung des dänischen Kronprinzen mit der englischen Prinzessin Louise.]* Seit der erfreulichen Entwicklung der preußischen Orlogssmarine sind in der dänischen Tagespresse nicht allein die großvaterlichen Rationnements über die „unbefriedbare Beherrschung der norddeutschen Küsten durch die dänische Flotte“ verstimmt, sondern es hat sich eine beachtenswerthe Furcht vor der vergrößerten preußischen Seewehr eingestellt. Die hiesigen Blätter, darunter die amtliche „Berlingske Tidende“, sind namentlich durch die Beschreibungen über die Dimensionen des auf der Themse gebauten Panzerschiffes „König Wilhelm I.“ so sehr eingeschüchtert worden, daß sie in wiederholten Abhandlungen das Ministerium und den versammelten dänischen Reichstag flehentlich bitten, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche erforderlich sind, um die dänischen Küsten gegen einen event. Angriff von Seiten norddeutscher Kriegsschiffe sicher zu stellen. So hat sich denn also der dänische Hochmuth in begründete Besorgniß verwandelt.

Der Premier-Brutenant Graf Iriny von den österr. Windischgrätz-Dragonern, welcher im deutsch-dänischen Kriege des Jahres 1864 in einem Vorpostengefecht bei Marhuis schwer verwundet wurde und nur dadurch das Leben rettete, daß ein dänischer Dragoner ihn aus einem Wassergraben herauszog und ihn den dänischen Aerzten überließerte, hat vor Kurzem an den in Marhuis lebenden Dragoner ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihn bittet, ihm den in dem erwähnten Gefecht abgenommenen Säbel zurückzuschicken und eine entsprechende Geldforderung zu stellen. Der dänische Dragoner erfüllte sofort den Wunsch des Grafen, und dieser hat ihm nun die Summe von 1500 Gulden nebst einer Meerschaumfeise mit dem gräflichen Wappen geschenkt. Außerdem hat der Graf seinem Lebensretter die Versicherung ertheilt, daß er zu jeder Zeit für dessen Zukunft sorgen würde. — Die bekanntlich von dem hiesigen „Dagstleger“ gebrachte, indeß sofort von der amtlichen „Berlingske Tidende“ dementierte Nachricht von der vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Verlobung des dänischen Kronprinzen

Friedrich mit der Prinzessin Louise von England hat insofern einen Zweck gehabt, als die standinavische Partei mit erneuertem Nachdruck die Zweckmäßigkeit, ja politische Notwendigkeit der Vermählung des augenblicklich auf der Rückreise aus Griechenland befindlichen Kronprinzen mit der so eben confirmirten einzigen Tochter des regierenden schwedischen Königspaares, der Prinzessin Louise von Schweden-Norwegen, zu beleuchten sucht, und zwar behufs der Herbeiführung eines aus den Königreichen Schweden, Norwegen und Dänemark zusammengezogenen standinavischen Reiches. In unterrichteten Kreisen hält man sich jedoch auf das Bestimmteste davon überzeugt, daß König Christian von Dänemark keinerlei Sympathie für die Verwirklichung der standinavischen Verbrüderungsidee hege, und unter keinen Umständen den zu seinem Thronfolger ausersehenen ältesten Sohn einem für Zukunft und Integrität Dänemarks gefahrlosen politischen Vorhaben opfern würde.

### A m e r i k a .

*Washington, 30. April.* Im Senatsgerichtshof fuhr Gverts in der Vertheidigung des Präsidenten Johnson fort und suchte darzulegen, daß es amtliche Pflicht desselben sei, einen entscheidenden Ausspruch der Gerichtshöfe über Legalitäts-Controversen herbeizuführen, sobald er sich für überzeugt halte, daß ein vom Kongreß beschlossenes Gesetz gegen die Constitution des Landes verstöhe. Stanton's Entfernung vom Amt sei nur versucht, aber nicht ausgeführt worden und keine Gewaltmaßregel dabei in Anwendung gekommen. Die Beweisaufnahme zeige zur Genüge, daß die Entfernung Stanton's für die Herstellung eines einträchtigen Zusammenspiels der Regierung erforderlich gewesen, dennoch strebe das Klagecomitee darnach, den Präsidenten abzusetzen und ihn für unsfähig zur Führung von Staats-Amtmännern zu erklären; dies sei das Strafmaximum, welches der Senatsgerichtshof in diesem Falle durchzusezen im Stande sein würde. Die „New-York Times“ nennt mehrere Senatorn beim Namen, denen anonyme Briefe zugegangen, welche sie mit Ermordung bedrohen, falls sie bei der Abstimmung den Präsidenten freisprechen sollten. Der mexicanische Kongreß hat von der Maßregel der Landesverweisung alle Ausländer ausgenommen, welche einen ehrenhaften Erwerb verfolgen.

### T e l e g r a p h i c h e D e p e s c h e n

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

*Paris, 11. Mai.* Die Antwort des Kaisers auf die Anrede des Erzbischofs von Orleans, Mar. Dupanloup, lautete wörtlich wie folgt: „Ich bin sehr gerührt durch die erhabenen Worte, die Sie an mich richten. Gerade an dieser Stätte erinnert man sich mit hoher Begeisterung an die Wirkungen, welche für die Wohlfahrt und die Größe eines Landes der religiöse Glaube und der wahre Patriotismus hervorzubringen vermögen; gerade in dieser Stadt hat sich eine der wunderbarsten geschicklichen Thaten zugetragen, und der Fluß, der unter ihren Mauern fließt, war vereinzelt eine Wehr unserer Unabhängigkeit, sowie er in Zeiten, die uns näher liegen, den heldenmütigen Ueberresten unserer großen Armeen Schutz gewährte. Indem die Kaiserin und ich zu den vollständigsten Feinden Orleans gelommen sind, haben wir zunächst in dem alten Dom dieser Stadt knien und inmitten der großen Erinnerungen der Vorzeit Gott um seinen Schutz für die Zukunft anflehen wollen. Ich danke Ihnen, Monseigneur, ich danke Ihrer Priesterschaft für die Gebete, die Sie an den Himmel richten für die Kaiserin, für den kaiserlichen Prinzen und für mich.“ (Weitere Ausführung der früheren Depesche.)

*Konstantinopel, 10. Mai.* Der Sultan hat heute den neuen Staatsrat mit einer Ansprache eröffnet, in welcher die Vorlage verschiedener Gesetzentwürfe sowie ministerieller Berichte über die Lage des Reichs, namentlich über den Stand der öffentlichen Arbeiten und über die Organisation der Armee, angekündigt wurde. Zur Erleichterung der Geschäftserledigung sind 4 Polizei-Unterpräfектuren mit Zuchtpolizeigerichten errichtet worden.

*London, 11. Mai.* Der Minister des Innern hat einen Aufschub der Hinrichtung des wegen des Explosions-Attentats von Clerkenwell zum Tode verurteilten Feniers Michael Barrett bis zur Beendigung der Nachforschungen über den vermeintlichen Alibi-Beweis angeordnet. Der Aufschub lautet auf 7 Tage. (T. B. f. N.)

*Das 26. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 7056 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber laufender Kreis-Obligationen des Raguter Kreises im Betrage von 40,000 Thalern, III. Emision. Vom 26. Februar 1868; unter Nr. 7057 den Allerhöchsten Erlass vom 18. März 1868, betreffend die Verleihung der fiscalschen Vorrechte an die Stadtgemeinde Forst im Kreise Sorau für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Nossdorf, an der Kotbus-Forst-Sommerfelder Chaussee, nach Großkötzig, an der Kotbus-Kottauer Kreisstraße, im Kreise Sorau, Regierungsbezirk Frankfurt a. O.; unter Nr. 7058 das Statut des Verbandes zur Entwässerung des Zettmar-Bruches und seiner Umgebungen im Kreise Dartchen. Vom 25. März 1868; unter Nr. 7059 die Bestätigungsurkunde, betreffend den zweiten Nachtrag zum Statut der Oppeln-Lärnower Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 25. März 1868; und unter Nr. 7060 den Allerhöchsten Erlass vom 30. März 1868, betreffend die Aufhebung des in der vor-*

*mals bayerischen Enclave Kaulsdorf seither entrichteten Floholzes.*

*Das 29. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 7065 das Gesetz, betreffend die Uebernahme und die Verwaltung der nach den Artikeln VIII. und IX. des Wiener Friedensvertrages vom 30. October 1864 von den Elbherzogthümern an das Königreich Dänemark zu entrichtenden Schul, vom 23. März 1868; unter Nr. 7066 den allerhöchsten Erlass vom 11. April 1868, betreffend die Ressortberhältnisse bezüglich des Lehnswesens in den neuen Landeshäfen; unter Nr. 7067 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den Übergang des Betriebes resp. des Eigenthums des Hessischen Nordbahn-Unternehmens auf die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft, und einen Nachtrag zu dem Statute dieser Gesellschaft, vom 17. April 1868; unter Nr. 7068 das Privilegium der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Emision von 8 Mill. Thlr. Nordbahn-Prioritäts-Obligationen, vom 17. April 1868; unter Nr. 7069 den allerhöchsten Erlass vom 20. April 1868, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts und die Bestimmung der Behörden für den Bau mehrerer in der Provinz Hessen-Nassau herzustellenden Eisenbahnen, und unter Nr. 7070 die Bekanntmachung, betreffend die allerhöchste Genehmigung der unter der Firma: „Lattersall-Aktion-Gesellschaft“ mit dem Sitz zu Berlin errichteten Actiengesellschaft, vom 27. April 1868.*

*Das 30. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 7071 den Allerhöchsten Erlass vom 25. März 1868, betreffend die Verleihung der fiscalschen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreischaussee von Ottweiler an der Saarbrücken-Bingenauer Staatsstraße über Illingen bis zur Saarlouis-Birkensfelder Bezirkstraße bei Lebach im Regierungsbezirk Trier; unter Nr. 7072 den Allerhöchsten Erlass vom 25. März 1868, betreffend die Verleihung der fiscalschen Vorrechte an die Stadtgemeinde Canth im Kreise Neumarkt, Regierungsbezirk Breslau, für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee vom Bahnhof Canth der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn über Stadt Canth bis jenseits Kriebelow im Kreise Breslau in der Richtung auf Gnieznow; unter Nr. 7073 den Allerhöchsten Erlass vom 28. März 1868, betreffend die Verleihung der fiscalschen Vorrechte auf den Kreis Sensburg für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Seehesten an der Sensburg-Rösseler Staatsstraße nach der Rattenburger Kreisgrenze in der Richtung auf Rastenburg im Regierungsbezirk Gumbinnen; unter Nr. 7074 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber laufender Kreisobligationen des Sensburger Kreises im Betrage von 42,000 Thalern, II. Emision. Vom 28. März 1868; unter Nr. 7075 den Allerhöchsten Erlass vom 28. März 1868, betreffend die Verleihung der fiscalschen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Mieszkow über Schönau bis zur Posen-Nalewka Chaussee in Trojanowo.*

*Das 10. Stück des Bundes-Gesetzbuches des norddeutschen Bundes enthält unter Nr. 91 den Post-Vertrag zwischen dem norddeutschen Bunde und Norwegen; vom 17. Februar 1868.*

### L i t e r a r i s c h e s .

*Abriss der Geschichte der Preußischen Monarchie.* Zu Oldenburg im Verlage von G. Stalling erschien neuerdings ein „Abriss der Geschichte der Preußischen Monarchie von den ältesten Zeiten bis auf

die Gegenwart“; aus der Feder eines Gymnasial-Lehrers, des Dr. Ludwig Stade zu Fulda. Auf gute Studien gestützt, erzählt der Verfasser, — mit besonderer Rücksicht auf die Lehranstalten der neuen Provinzen unseres Staates, — auf etwa 110 Seiten in knapper, gedrängter Form, aber gut gruppiert und mit recht lebendiger Darstellung die Geschichte der Entwicklung unseres Staates von der ältesten Zeit bis zur Gründung des ersten Reichstages des Norddeutschen Bundes. Unter angemessener Berücksichtigung des biographischen Elementes sind die älteren Zeiten möglichst gedrängt, die weitgeholichen Momente und die neuern Perioden der preußischen Geschichte dagegen mit gebührender Ausführlichkeit behandelt worden.

*Erinnerungen an Felix Mendelssohn-Bartholdy. Ein Künstler und Menschenleben von Elise Polko.* Leipzig bei F. A. Brockhaus. In Elise Polko vereinen sich zwei Begabungen, von denen Eine gewöhnlich hineintrückt, den Menschen glücklich oder elend zu machen, die poetische und die musikalische. Hiermit ausgerüstet und zugleich beeindruckt von tiefer Hochachtung und fast schwärmerischer Dankbarkeit für den so früh dahingegangenen, ihr nahe gestandenen erhabenen Meister, hat sie das vorliegende Buch geschrieben. Sie sagt in der Einleitung:

„Es ist das Glöckengeläute der Erinnerung, das heute meine Seele durchzieht, unter dem Klingend Singen nehme ich die Feder in die Hand, um dies kleine Buch zu schreiben. Eine Frau ist es, die von dem großen Heimgegangenen redet, Frauenaugen sind es, die zum ersten Male ihn zu zeichnen veruchen. Wir sind aber und wollen keine Historienmalerinnen sein — wir sind Miniaturmalerinnen, wir wollen keine Fresken entwerfen im großen Stil, wir zeichnen meist mit Silberspitze stilisiert, oder malen auf Eisenstein, aber man ist gezwungen uns nachzurühmen, daß es uns trotzdem gelingt, die feinsten Züge eines Körpers festzuhalten, die leiseften Schatten, die zartesten Linien wieder zu geben. Für prima gemalte Porträts in Lebensgröße hat gar manches Zimmer keinen passenden Raum. — ein kleines Stikkenblatt, ein Medaillonbild findet dagegen überall sein Platz, wie etwa eine Blume zwischen den Blättern eines Gebet- oder Liederbuches, als Erinnerung an eine schöne Sommerzeit, wo sie blühte. Und mehr soll auch dies Buch nicht sein, als ein Erinnerungsstück an die edle und geliebte Menschen- und Künstlerseele: Felix Mendelssohn-Bartholdy.“

Alle Verehrer des großen Meisters. Alle, welche seinen wunderbaren tiepoetischen Tonköpfnungen geläuft, daran sich begeistert und erhoben haben, — und es gibt gewiß nur wenig Gebildete, die nicht hierzu zählen, — werden dies von befähigter Frauenhand voll Liebe gezeichnete Miniaturlbild mit dankbarer, freud- und leidvoller Empfindung betrachten. Sie werden manche zarte und doch bedeutungsvolle, ihnen bisher unbekannte Linie darin entdecken und es dann mit wehmuthsvoller Befriedigung aus der Hand legen. — Besseres wissen wir zum Lobe des kleinen, von der Verlagsbuchhandlung geschmackvoll ausgestatteten Buches nicht zu sagen. G. v. S.

### P r o v i n z i a l - B e i t u n g .

*G Breslau, 8. Mai. [Handwerker-Verein.]* Der gestrige Vortrag Hrn. Dr. Moritz Elsner's war wieder zahlreich besucht. Den Gegenstand bildete die Hundeseele. Redner behandelte zunächst die Frage über Abstammung dieses so verchieden gearteten Hausthiere, das auch hierin dasselbe Schicksal mit dem Menschen teile, daß ihr Herkommen von einem Elternpaare vielfach behauptet und bestritten werde. Auf jeden Fall haben sie einen ahnenreichen Stammbaum, der auf Wolf und Schatal zurückgeführt wird, worauf auch manche Hunderacen in Australien, Afrika und Ungarn hindeuten scheinen. Ihre Geschichte weise eine lange Reihe der verschiedensten Entwicklungsbahnen auf, und die Geschichte des Staates und der Kirche bietet verwandte Erinnerungen dar. Redner beantwortet die Frage: ob der Hund eine Seele besitze? mit ja. Seele sei eben die Errscheinung der Funktionen des Gehirns, auch weise darauf schon das Schimpfwort „Hundeseel“ hin, wobei es nur zweifelhaft sei, ob dem Hund oder dem so begehrten Menschen damit mehr Ehre oder Schande erwiesen werde? Der Vortragende wies dann auf die Zugehörigkeit des Hundes zu den Raubtieren hin und auf dessen übrige Eigenschaften, die ihn befähigen, sich körperlich und seelisch den verschiedensten Verhältnissen anzupassen, ihn so zum steten Begleiter des Menschen in allen Zonen zu machen, dem er sich so innig angewöhne, daß er selbst zum Abbild seines Herrn werde. Körperlich sieht allerdings der Affe dem Menschen am nächsten, seelisch aber bringt er es nur zur Karikatur desselben, wahrscheinlich aus innerer Erbitterung, daß die Natur nicht auch ihn bis zu der Stufe seines bevorzugteren Gesellschaftsgenossen hinausbildet habe. Der Hund dagegen sei mit Frömmigkeit, Treue, Klugheit und Zuverlässigkeit begabt und habe eine lange Reihe Entwicklungsbahnen, anschließend an die Entwicklung des Menschen, durchlaufen. Werden doch die Hunde von den Jüchtern planmäßig nach Gestaltung und Eigenschaften gezogen, wie z. B. die Georginen. Dabei habe er freilich auch manche üble Eigenschaften vom Menschen sich angewöhnt, z. B. die slavische Untertüchtigkeit, womit sich Latzien und Hunde in einem Augenblick beschimpfen und mißhandeln lassen, um bei einem freundlichen Blick ihres Herrn ebenso vergnügt und zufrieden und auf Wink angriffsbereit zu sein. So z. B. der Jagdhund, dessen Gestalt, Haltung und Bestimmung eine Analogie und Zusammengehörigkeit mit der Aristokratie nicht verleugnen läßt. Redner erinnerte hier an das, was man unter den Menschen den freien Gehorsam nenne. Nachdem Dr. Elsner zum Theil aus eigener Erfahrung Züge von der Treue und Klugheit des Hundes erwähnt hatte, stellt er u. A. die Frage: ob der Hund auch unsterblich sei? worauf wenigstens seine große Entwicklungsfähigkeit hindeutet. Im weiteren Verlauf wies der Redner noch auf die Bedeutung des Schwanzes als eines Barometers für Ausdruck der verschiedenen Gefühle und Stimmungen des Hundes hin, und wandte sich am Schlus nochmals zur Geschichte der Schöpfung und Entwicklung der Hunde, indem er es auch hier nicht an Seitenblicken auf das menschliche Geschlecht seien ließ, die richtig und im Zusammenhange verstanden werden können. Nach Schluss des Vortrages teilte der Vorsitzende Dr. Eger mit, daß am nächsten Montag Hr. v. Kornatzki durch häusliche Veranlassung Vortrag

Breslau, 11. Mai. [Kinderarten-Verein.] Die gestern abgehaltene Generalversammlung war zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Herr Dr. Rhode, erfasste zunächst den Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Januar v. J. bis 31. März d. J. Nicht bloss in Breslau, sondern auch in der Provinz, hat sich seit der letzten General-Versammlung das Interesse an den Bestrebungen des Vereines wesentlich gesteigert. In Liegnitz, Polnisch-Lissa, Jauer, Striegau sind seitdem Kindergarten errichtet und an denselben Kindergarteninnen angeleitet worden, welche in Breslau ihre Ausbildung erhalten. In Breslau hat nicht nur bereits ein sechster Kindergarten eingerichtet werden können, sondern die Eröffnung eines siebten auf der Matthiasstraße schon am 1. Juni d. J. ist in Aussicht genommen worden. Der Gesundheitszustand der Kinder ist ein durchgehendes günstiger gewesen. Von ihrer alten Freudekeit und geistigen Lebendigkeit haben sie beim Spielsette Zeugnis abgelegt. Der Kindergarten I. wurde von 112 Kindern, oder durchschnittlich pro Monat von 50 Kindern besucht; der Kindergarten II. wurde von 76 Kindern, oder durchschnittlich pro Monat von 28 Kindern besucht; der Kindergarten III. wurde von 56 Kindern, oder durchschnittlich pro Monat von 28 Kindern besucht; der Kindergarten IV. wurde von 54 Kindern, oder durchschnittlich pro Monat von 26 Kindern besucht; der Kindergarten V. wurde von 58 Kindern, oder durchschnittlich pro Monat von 30 Kindern besucht; der Kindergarten VI. endlich von 27 Kindern; sämtliche Kindergärten also von 392 Kindern. Gegenwärtig ist deren Zahl bedeutend gewachsen.

An dem Lehrkursus zur Ausbildung von Kindergarteninnen nahmen im v. J. 9 Böblingen Theil, welche in Familien oder in Kindergarten bereits funktionieren. Am gegenwärtigen Kursus beteiligen sich 13 Böblinge. Um dem Frauenbildung-Verein die Heranbildung tüchtiger Kinderpflegerinnen zu ermöglichen, wurde einer Anzahl von ihm empfohlener Mädchen mit bestem Erfolge der Besuch der Kindergärten gestattet. Die Einnahmen des Vereins betragen incl. der Bestände aus den Vorjahren und Dank den außerordentlichen Zuwendungen durch die Erträge der zum Besten des Vereins gehaltenen Vorträge 1275 Thlr. 23 Sgr., die Ausgaben 501 Thlr. 27 Sgr., so daß ein Bestand von 773 Thlr. 26 Sgr. verbleibt. Der Haushaltsvorrat wird dankbar Decharge ertheilt und allen, welche die Zwecke des Vereins gefordert, der Dank des Vereins ausgesprochen. Hierauf erfolgt die Wahl des Vorstandes. Dieselbe fällt auf die Damen: Jenny Asch, Arabella Auerbach, Louise Elsner, Emma Lachowicz, Anna Simon, Pauline Sturm, Flora Remer und auf die Herren: Dr. Rhode, Kaufm. Lachowicz, Rector Gleim, Kaufm. A. Hübler, Dr. Thiel. — Mit bestem Wunsche für das fernere Gedeihen des Vereins und seiner Wirksamkeit wurde die Sitzung geschlossen.

S. Breslau, 10. Mai. [Verein ohne Tendenzen.] Die letzte Sitzung wurde fast ausschließlich der Beantwortung eingegangener Fragen gewidmet, deren Erledigung stets eine lebhafte Debatte hervorrief. Namentlich wurde die Frage: "Worin besteht Breslaus industrielle Größe und welche Umstände werden auf seine fernere Entwicklung Einfluß haben?" von den verschiedenen Gesichtspunkten aus erörtert. Während von der einen Seite gezeigt wurde, welch bedeutende Rolle Breslau schon im Mittelalter als Handelsstadt eingenommen habe, wie späterhin der Absatz der schlesischen Leinen nach Spanien von grossem Einfluß auf die Entwicklung der heimischen Industrie gewesen sei, wurde von der andern Seite hervorgehoben, daß Breslau durch den früher fast ungehinderten Verkehr mit Polen, als Mittelpunkt zwischen Leipzig und Warschau, ein außerordentlich lebhaftes Speditionsgefecht getrieben habe. Ungehein viel würde Breslau durch die Regulirung unserer natürlichen Wasserstraße, der Oder, gewinnen, wofür uns die ausgedehnte Schiffahrt der letzten beiden Monate den besten Beweis liefert. Ferner ist die Ausbauung des schlesischen Eisenbahnnetzes, namentlich die nähere Verbindung mit Warschau, von nicht zu unterschätzender Bedeutung für Schlesien, insbesondere für Breslaus Handel und Industrie. So wirken manniache Umstände zusammen, die Breslaus Zukunft in dieser Beziehung zu einer durchaus befriedigenden gestalten.

Breslau, 12. Mai. [Bettelei.] In der Zeit vom 4. bis 10. d. M. sind hierorts 28 Personen durch Polizei-Beamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden.

[Lebensrettung.] Am 8. d. M. Nachmittags fiel der 4jährige Sohn des in der Offenen Gaße wohnhaften Spielwarenhändlers S., welcher sich aus der elterlichen Behausung entfernt und an das Ufer der Oder begeben hatte, unfern des, auf dem Grundstück Schießwerder Nr. 5 erbauten neuen Speichers, in die Oder. Dies bemerkte der ehemalige Schneidermeister Bittner, welcher sich zufällig in der Nähe befand; derselbe eilte sofort dem Kind in den Strom nach, geriet aber, da er des Schwimmens nicht kundig, ebenfalls in Lebensgefahr. Auf seinem Hilfser eilten indes alsbald die beiden Böttchergefeiten Heinde und Schwenke, sowie der Arbeiter Ach und die Hausälter Ulbig und Dehmel, welche sämtlich in dem gedachten Speicher beschäftigt waren, herbei und gelang es denselben unter Benutzung eines Käfigs, sowohl den Knaben als auch den Dr. Bittner zu erreichen und beide noch lebend wieder ans Land zu bringen.

[Rettung einer ertrunkenen Person.] Am 10. d. M. wurde der Leichnam einer ungeliebten, ca. 40 Jahr alten männlichen Person, welcher die alte Oder angetrieben brachte, in der Nähe der neuen Eisenbahnbrücke ans Land gezogen. Der Entseelte war bekleidet mit einem schwarzen Luchrod, dgl. Luchsen, rothkarriert Plüschweste, schwarzer Seiden-Schlips, blauwollener Untertrage, einem weißleinenen und einem Flanellhemde, einem weißen und einem grautuchenen Vorhemden, letzteres mit bunter Einsprung, blauwollenen Soden und kalbledernen Halbstiefeln. (Int.-Bl.)

\* Wohlau, 9. Mai. [Tageschronik.] Der am 4. d. M. abgehaltene Jahrmarkt war zahlreich sowohl von Verkäufern als Käufern besucht; dagegen der Viehmarkt nur mittelmäßig vertreten. Schon seit Wochen lagern die Telegraphenlangen am Orte — und wird wohl nun baldigst mit der Errichtung vorgegangen werden. Unsere Promenade ist wieder an der Nordseite der Stadt bedeutend verlängert und mit Linden und Kastanien-Bäumen bepflanzt worden. Die älteren Lindenanlagen bilden aber bereits einen anmutigen schattigen Spaziergang. Selbst einige eiserne Ruhebänke sind jetzt vom Magistrat dort aufgestellt worden. Die Gärten stehen in vollstem Blüthenzustand und die Saaten erholen sich sichtbar bei dem eingetretenen wärmeren Wetter. Auch die Baulust ist wieder wach geworden und somit für viele ein lohnender Verdienst angebahn. — Für die Aufbesserung der Lehrergehälter auf dem Lande sind dem Kreise Wohlau 468 Thlr. 29 Sgr. überwiesen worden. 33 evangelische und katholische Schulstellen sind dadurch auf das Minimal-Einkommen exclusive der freien Wohnung und des Holzes zunächst auf 185 Thlr. festgelegt worden. Die betreffenden Dominien und Gemeinden werden natürlich verhältnismäßig dazu herangezogen. Von einer Aufbesserung der Lehrergehälter in Städten des hiesigen Kreises ist aber bis jetzt noch keine Aussicht vorhanden.

+++ Löwen, 9. Mai. [Noch einmal die Chausseefrage.] Obgleich selbst gewichtige Autoritäten sich für den Bau der Chaussee von Grottkau über Löwen, Schurgast, Nitoline, Poppelau nach Carlsruhe entschieden, obgleich ferner gewichtige Gründe in Betracht der Billigkeit, Rücksicht schwer für diese Tour in die Waagrechte fallen, so scheint dennoch die zweite in's Auge gesetzte Linie (über Koppen) immer noch nicht ganz aufgegeben zu sein. Wir können deshalb nicht umhin, im Interesse unseres Dertenhäns, sowie auch überhaupt im gemeinsamen Interesse im Anschluß an unseren Bericht vom 28. März d. J. noch folgende Gründe in die Deutlichkeit zu bringen. —

Wie bemerk't, sind die schriftlichen Vorarbeiten der Interesse habenden Behörden im Werke. Unser Ort, der arm ist und durch die Überflutungen und alljährlichen Uferbeschädigungen durch den Neissefluss viel zu leiden hat, verdient zu seiner Hebung alle Berücksichtigung. Die Anlage der neuen Chaussee wird sich am kostengünstigsten und schnellsten über Löwener Bahnhof direkt über den Viehmarkt nach Schurgast den Frohnauer Weg entlang bis zur Staats-Chaussee empfehlen. Der Plan ist vorhanden, Brüden kommen hier nicht vor. Oberhalb Löwens wäre die Tour Michelau, unterhalb Nitoline mit einer Oderbrücke. Die Steine vom Mollnitz-Berge, Kr. Fallenberg, sind nahe, ausreichend und bequem zu beziehen. Inundations-Terrain ist nicht vorhanden. Die Zuschüsse zu diesem Baue, die die Staats- und Postkasse gewähren wollen, sind nicht unbedeutend. Eine Überbrückung der Oder zwischen Brieg und Oppeln erfordert am zweckentsprechendsten in gleicher Entfernung von beiden Städten, was bei Nitoline der Fall wäre. Bei der Überbrückung der Oder bei Koppen würde diese Brücke der bei Brieg zu nahe kommen. Es ist aber auch Bedürfnis, gerade diesem Theile Oberschlesiens durch eine solche Anlage aufzuholen. Diese Chaussee-Anlage mit Überbrückung der Oder in Nitoline stellt in Aussicht, später 3 Bahnhöfe (resp. Eisenbahnen) Löwen, Friedland O.S. und Constatz zu verbinden, wie eine Verbindung der Chausseen Oberschlesiens und einer Mittelschlesiens herzustellen. Eine durchgehende Personen-Post-Verbindung zwischen diesen vorgenannten Bahnhöfen läme dann auch zum Bedürfnis, da gerade diese Tour wenig mit derartigen Verbindungen bedacht ist. Ferner wichtig zeigt sich die Linie Löwen-Schurgast-Nitoline für die Fälle eines Krieges, hinsichtlich des Neisse- und Oderflusses, wie als Mittelpunkt zwischen Brieg und Oppeln. Dieser Linie wurde im Jahre 1866 große Aussichtshoffnung gegeben. Die Städte Löwen und Schurgast hatten die Hoffnung, weil durch Chaussee- und Eisenbahn-Verbindung dem Rüglichen wie Bequemen die Hand geboten,

Liverpool, 11. Mai, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Preise % niedriger.

Paris, 11. Mai, Nachm. Rübel pr. Mai 91, 00, pr. Juli-August 91, 00, pr. Sept.-December 91, 00. Mehl pr. Mai 91, 25, pr. Juli-August 84, 50. Spiritus pr. Mai 88, 50.

London, 11. Mai, Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 21,754, Gerste 1428, Hafer 12,737 Quartiers. Englischen Weizen sehr knapp zu leichten äußersten Preisen verkauft, fremder sehr ruhig. Preise nominell, unverändert, nur eine geringe Quantität amerikanischer niedriger. Ostseewagen vom Schiff gefüllt und billiger erlassen. Gerste fest. Hafer eher mehr gefragt. Mehl vernachlässigt. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 11. Mai, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen flau, pr. Mai 250, pr. Juni 238, pr. Juli 231. Raps pr. October 66. Rübel pr. November-December 35%.

London, 11. Mai, Nachm. [Viehmarkt.] Am Markt waren 3600 Stück Hornvieh und 29,890 Stück Schafe angetrieben. Der Handel mit Hornvieh war ziemlich lebhaft, die englische Zufuhr blieb klein, wogegen fremde Zufuhren groß waren. In Schaftrieb vorließ das Geschäft sehr schleppend; sowohl englische wie fremde Zufuhren waren groß. Preise für beide Viehgattungen 4 Sh. bis 4 Sh. 8 D.

mehr und vermögendere Bewohner zu gewinnen, und durch Errichtung von Fabrikstätten bei Bezug von billigem Material jeglicher Art ein geschäftliches Leben beginnen zu leben. Durch eine solche Vergroßerung beider Städte würde sich alsdann ein Bedürfnis dem anderen anreihen, und gesellschaftlich wie geschäftlich an Stelle der düstern Stille ein Leben treten, das die Errichtung von Instituten &c. gewölklicher, wie unterhalter Natur zur Folge hat. Dann endlich wäre dem sonst friedliebenden Bürger Löwens die endlich frohe Aussicht geboten, von fortwährenden Steinen des Anstoßes, demnamlich auf der Chaussee in Fröhlich schlechten Steinplaster befreit, und seine lichtfreudlichen Träume in der Errichtung einer bis jetzt nur dunkel geahnten Gas-Anstalt verwirklicht zu sehen! —

Δ Katibor, 9. Mai. [Bur. Tageschronik.] Nachdem unsere Stadt bereits längere Zeit von Feuergefahr verschont geblieben, erhöhte gestern Abend bald nach 8 Uhr Feueralarm, und eine über die Vorstadt Neuarten ziehende Rauchwolke ließ auf ein bedeutendes Feuer schließen. Glücklicher Weise beigründete sich dasselbe bei der herrschenden Windstille auf einen Pferdestall mit darüber befindlichen Stroh- und Heubuden im Gehöft des Kaufmanns Wechselmann. Der Feuerwehr gelang es, ein daran stehendes Gebäude zu erhalten, und war das Feuer innerhalb einer Stunde als geächtet zu betrachten. — Nicht unermäßigt darf bleiben, daß das Arregiment im Bezug auf die Verbesserung der Löschmannschaften immer noch sehr manigfach ist, da zu viele commandiren und zuletzt Niemand weiß, wem er geboren soll; auch müßte die Verkuppelung der Schläuche &c. nur damit vertrauten Personen übertragen sein, damit die Speisung der Spritzen möglichst schnell vor sich gehe; andererseits aber auch Schaden vermieden wird, wie gestern z. B. wo weite und enge Schläuche unter einander verbunden wurden, die schließlich bersten mussten. — In voriger Woche machte ein Unterbeamter des hiesigen Appellationsgerichts seinem Leben durch Hängen ein Ende. — Die Saaten stehen hier allgemein gut, nur in der Loslau-Rippern Gegend soll das Korn etwas zurück geblieben sein, und hier und da hört man über den Großloch in der Rapsplante klagen.

### Telegraphische Witterungsberichte vom 11. Mai.

Ort.	Baromet.	Therm.	Wind,	Allgemeine
	Pariser Linien.	Reaum.	Richtung und Stärke.	Himmels-Ansicht.
6 Memel	340,6	7,8	O., stark.	Heiter.
7 Königsberg	340,1	7,7	O., schwach.	Wolfig.
6 Stettin	337,8	10,8	O.S., mäßig.	Trübe.
— Katibor	339,6	9,8	N.W., schwach.	Ziemlich heiter.
— Münster	334,8	10,5	S.W., schwach.	Starfer Nebel.
— Trier	331,6	9,2	S.D., schwach.	Heiter.
— Flensburg	336,5	11,1	S., schwach.	Bedekt.
— Paris	339,7	3,4	S., schwach.	—
— Paracanda	—	—	—	—
— Helsingfors	—	—	—	—
— Petersburg	—	—	—	—
— Mostau	—	—	—	—
— Stockholm	341,2	8,6	S.S., schwach.	Heiter.*)
— Studenäs	337,5	10,5	O., schwach.	Bewölkt, ruhig.
*) Gestern Abend S.D. 10. Mar. +18,0. Min. +3,2.				

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Ba-rometer.	Luft-tempe-ratur.	Wind-richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 11. Mai 10 U. Ab.	331,78	+13,8	O. 0.	Wolfig.
12. Mai 6 U. Mrg.	332,28	+10,2	O. 1.	Heiter.

Breslau, 12. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 J. 7 Z. U.-P. 3 Z. 11 Z.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolffs Telegraphisches Bureau.)

Paris, 11. Mai, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92% gemeldet. — Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 40—69, 27½—69, 35. Italien. 5proc. Rente 48, 97½. Oesterl. Staats-Eisen.-Aktien 563, 75, dito ältere Prioritäten 259, 00, dito neuere Prioritäten 00, 00. Credit-Mobil.-Aktien 252, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 375, 00. dito Prioritäten 215, 00. 6proc. Verein. - Staaten - Anleihe pr. 1882 (ungef. 80%).

London, 11. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 92½%. 1proc. Spanier 35½%. Italien. 5proc. Rente 48, 97½%. Lombarden 14½%. Mexicano 15%. 5proc. Russen 84. Neue Russen 83½%. Silber 60%. Türkische Anleihe von 1865 34½%. 6proc. Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 70%.

Die fällige Post aus Westindien ist in Southampton eingetroffen.

Frankfurt a. M., 11. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Fest. ruhig. Credit-Aktion 192%. Steuerfreie Anleihe 50. 1860er Loose 70%. National-Anleihe 53. 5% Anleihe von 1859 62%. Staatsbahn 263%. Amerikaner 75%.

Frankfurt a. M., 11. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Wiener Wechsel 101%. Oesterreichische National-Anleihe 52%. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75%. Heilige Ludwigsbahn 134%. Bärtische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 63%. 1860er Loose 70%. National-Anleihe von 1859 62%. Staatsbahn 263%. Amerikaner 75%.

Frankfurt a. M., 11. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Wiener Wechsel 101%. Oesterreichische National-Anleihe 52%. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75%. Heilige Ludwigsbahn 134%. Bärtische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 63%. 1860er Loose 70%. National-Anleihe von 1859 62%. Staatsbahn 263%. Amerikaner 75%.

Bremen, 11. Mai. Petroleum flau. Standard white, loco 5½%.

Wien, 11. Mai, Abends. [Abend-Börse.] Animirt. Credit-Aktion 183, 00. Nordbahn —. 1860er Loose 80, 70. 1864er Loose 84, 90. Böhmisches West. ab —. Staatsbahn 259, 00. Galizier 202, 00. Steuerfreies Anlehen —. Napoleon's or 9, 33. Lombarden 172, 80. Ungarische Creditaeten —. Elisabethbahn —.

Antwerpen, 11. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Still. Raffineries, type weiß, loco 44½%, schwimmend 45%, pr. September 48½%, pr. October-December 50.

Hamburg, 11. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Aktien 88. National-Anleihe 54%. Oesterl. Credit-Aktion 81%. Oesterreichische 1860er Loose 69%. Staatsbahn 55. Lombarden 371. Italienische Rente 47. Vereinsbank 111%.